Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 4. Mai 1927 — Nummer 103

Das Abrüstungsfiasko

Die Hetze gegen die Sowjetunion

Die Genfer Abrüstungskomödie ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. In Anbetracht der ununterbrochenen Aufrüstungen der Mächte war dieses Fiasko für jeden politisch denkenden Menschen klar. Wir haben hier schon oft genug nachgewiesen, daß die imperialistischen Mächte nicht abrüsten können, da der Krieg eine naturnotwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist. Auf der Genfer Konferenz mußte die englische Admiralität die offene Erklärung abgeben, daß England seine Seestreitkräfte nicht einzuschränken gedenke. Allgemein wurde dadurch in Genf das Theaterspiel der Abrüstung enthüllt.

Jetzt bemühen sich die Journaillen, den „Fehler" der Diplomaten und Generale wieder zu verbessern. Man sucht einen anderen „Schuldigen" zu finden.

Die kapitalistische Presse brüllt, nicht die Imperialisten, sondern die Bolschewisten sind schuld, daß es keinen Frieden gibt. Der Dresdner Anzeiger bringt gestern einen Artikel, in dem er eine wilde Hetze gegen Sowjetrußland entfacht, aber auch offen, wie bisher noch nie, **den Krieg gegen die Sowjetunion ankündet.**

Der Dresdner Anzeiger erklärt zu dem in Genf entstandenen Eindruck von der Schuld Englands:

„Dieser Genfer Interpretierung der Ursachen des Fehlschlagens der Abrüstungsbemühungen können wir uns nicht anschließen. **Die Gründe des Genfer Fiaskos dürften ganz wo anders zu suchen sein.** Klingt nicht beispielsweise wie ein direktes Echo auf diese und ähnliche Fragen — die Rede des sowjetrussischen Kriegskommissars **Woroschiloff, die dieser Bolschewistenführer in Moskau ausgerechnet am gleichen Tage gehalten hat, als in Genf der Jonkheer van London in einer glatt formulierten französischen Schlußrede sein lebhaftes Bedauern über die zurzeit „nicht zustandegekommene Aufstellung eines einheitlichen Textes" und die Hoffnung „auf ein späteres Gelingen" aussprach?** Die Moskauer Rede, in der es von Ausdrücken, wie: „Wir sind von Feinden umgeben" „Der Friede hängt an einem Haar", „Wir sind gerüstet" usw. nur so wimmelte, sollte doch mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gezeigt haben, weshalb alle derartigen Abrüstungsverhandlungen, wie sie in den letzten Jahren in Genf endlos gepflogen wurden, noch auf lange Zeit hinaus zu ständigem Scheitern verdammt sein werden.

Ein Fünftel der Erde steht unter dem Zepter der **bolschewistischen Macht.** Sie weigert ihre Rüstungen täglich und stündlich. Ihre Absichten einer allgemeinen Bolschewisierung der übrigen Welt hat sie endlose Male offen kundgetan. **Vor allem — von den Regierungen Osteuropas kann kein vernünftiger Mensch unter diesen Umständen weitgehende Abrüstungsmaßnahmen verlangen.** Anderseits sind gewisse Großmächte wie **England, ständig gezwungen, auf eine militärische Abwehr eventueller bolschewistischer Angriffe im fernen Osten gerüstet zu sein.**

Ein „Aufrollen der bolschewistischen Probleme" wird für die Welt früher oder später kommen müssen.

Es braucht nicht unbedingt ein Krieg zu sein. Aber das Problem des Bolschewismus, ist von der Abrüstungsfrage nicht zu trennen. Das ist bedauerlich. Aber daran ist nichts zu ändern, und das muß in Betracht gezogen werden."

Die Abrüstung scheitert, weil Sowjetrußland besteht, das ist der Ton der Imperialisten **also Krieg gegen Sowjetrußland.**

Der Weg für den Aufmarsch gegen den Arbeiter- und Bauernstaat ist gefunden. Das „Aufrollen" wird früher oder später kommen — denn — Rußland bedroht die Profite, unterstützt die Kolonialvölker und die Ausgebeuteten der ganzen Welt.

Die Arbeiter werden auf die Mordpläne der Imperialisten mit einer stärkeren Solidarität mit der Sowjetunion antworten, sie werden keinen Krieg gegen Rußland führen.

Nachdem der „Anzeiger" dann zugestehen muß, daß der Völkerbund in allen kritischen Fragen versagt hat, vertröstet er darauf, daß im November eine weitere „Abrüstungs"konferenz stattfinden soll. Zum Schluß erklärt der Artikel des „Anzeiger" dann wieder:

„daß zum mindesten solange in Rußland eine bolschewistische Macht die Herrschaft ausübt, eine wirkliche Weltabrüstung unmöglich ist, daß eine Reihe maßgebender Mächte nur mit Rücksicht auf den Sowjetstaat zu Gegenrüstungen sich gezwungen sieht".

Das ist die offene Aufforderung zum Krieg gegen die Sowjetunion. Die deutschen Imperialisten gehen schon einen Schritt weiter als vor ein paar Wochen. Die kriegerische Gefahr rückt mit Riesenschritten näher. Es gilt, alle Mittel zur Abwehr eines imperialistischen Krieges vorzubereiten.

Im Stahlhelmblock

Ablehnung gemeinsamer Abwehraktion gegen den Hakenkreuzaufmarsch durch die Berliner SPD-Führer.

Die Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg hat an den Ortsausschuß des ADGB. an den Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Berlin und an die Gauleitung des Reichsbanners Berlin in einem Offenen Brief die Aufforderung gerichtet, die gesamte Arbeiterschaft zu Gegenkundgebungen gegen den am 7. und 8. Mai stattfindenden Stahlhelmaufmarsch und seine Invasion in Arbeiterviertel Berlins aufzurufen. In dem Offenen Brief wird unter anderem gesagt:

„Die diesjährige Maidemonstration des Berliner Proletariats war eine Generalmusterung von so unvergleichlicher Wucht, sie zeigte den Willen zur Einheit und zum geschlossenen Kampfe gegen die Reaktion, so mächtig, daß es ein Verbrechen am deutschen Proletariat bedeuten würde, wenn die Millionenarmee der Berliner Arbeiter dem Stahlhelmaufmarsch gegenüber auf den organisierten Selbstschutz verzichten würde.

Die Parole, den Stahlhelm am 8. Mai unter sich zu lassen, würde auf eine Unterstützung der provokatorischen Pläne der Stahlhelmleitung hinauslaufen. **Die Kommunistische Partei will keine Provokationen und kein Blutvergießen, wie der Vorwärts es behauptet.** Aber sie hält es für die Klassenpflicht der Berliner Arbeiterschaft, gegenüber dem Aufmarsch des Stahlhelm **den Selbstschutz in den Arbeiterbezirken zu organisieren und in mächtigen Massenkundgebungen den Willen der Arbeiter zu diesem Selbstschutz,** ihren Willen zum Kampfe gegen Nationalismus und Faschismus zu demonstrieren. **Werden diese Demonstrationen gemeinsam von allen Arbeiterorganisationen einberufen und organisiert, würde der ADGB die Forderung der Belegschaften zahlreicher Betriebe, den Stahlhelmaufmarsch mit einem Verkehrsstreik am 7. und 8. Mai zu beantworten, unterstützen, dann würde kein Stahlhelmmann es wagen, gegen Arbeiter vorzugehen und Arbeitergut zu beschädigen.**

Die Maidemonstration hat gezeigt, welche Macht die Berliner Arbeiterschaft darstellt, wenn sie geschlossen aufmarschiert. Diese Macht verpflichtet zur Abwehr faschistischer Gewaltstreiche. Wir fordern daher von euch, unverzüglich für den 8. Mai gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund den Aufmarsch der Berliner Arbeiter in den Arbeiterbezirken zu organisieren. An diesem Tage muß die Arbeiterfront einheitlich und geschlossen den provokatorischen Absichten der Stahlhelmführer entgegengestellt werden."

Auf diese Aufforderung antwortet heute morgen durch den Vorwärts der Bezirksvorstand der SPD an das republikanische Berlin und schreibt unter anderem: „Laßt euch nicht provozieren! **Die Sozialdemokratie lehnt es ab, das Verbot des Stahlhelmtages zu fordern.** Die KPD trägt seit geraumer Zeit alle Merkmale zum inneren Zerfall. Zu ihren Großsprechereien und Wichtigtuereien steht im umgekehrten Verhältnis eine deutliche Kräfteabnahme. Unter diesen Umständen darf die Frage aufgeworfen werden: Was bezwecken die Kommunisten mit ihren Drehungen und Provokationen? Nach den trüben Erfahrungen der Vergangenheit zwingt sich der Verdacht auf, daß wieder einmal ein frevelhaftes Spiel mit Arbeiterblut zur vorübergehenden Belebung der dahinsiechenden Kommunistischen Partei getrieben werden soll."

Die Antwort der sozialdemokratischen Führer charakterisiert die Rolle der SPD. Es ist sinn- und zwecklos, auf die blöden Bemerkungen über den angeblichen „Zerfall" der KPD auch nur mit einem Worte einzugehen. Die Antwort des Vorwärts dokumentiert erneut, daß die SPD keinen ernsthaften Kampf gegen die Hakenkreuzbanditen zu führen, ja nicht einmal eine Forderung auf Verbot des Stahlhelmtages zu erheben gewillt ist. Den Stoßtruppen der Reaktion werden die SPD-Führer keine Schwierigkeiten bereiten. Die Arbeiterschaft kann aus dem Verhalten der SPD-Führer in Berlin erneut erkennen, wer die gemeinsame Front zur Verteidigung der Arbeiterinteressen gegen über den reaktionären Angriffen verhindert. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Berliner Arbeiterschaft am 7. und 8. Mai trotz dem erbärmlichen und feigen Verhalten der SPD-Führer gemeinsam mit der KPD zur Abwehr des Stahlhelmaufmarsches zusammenstehen wird.

So wie in Berlin, so hat es auch die SPD in Dresden abgelehnt, den Vorschlägen der KPD zur Bekämpfung der reaktionären Pläne gemeinsame Aktionen zu unternehmen. Wir werden morgen darauf eingehender zurückkommen.

Stahlhelmbanditen überfallen Arbeiter

Düsseldorf, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach dreiwöchiger Verhandlung fällte das erweiterte Schöffengericht Düsseldorf im Prozeß des Düsseldorfer Stahlhelmüberfalles auf den Reichsbannerkameraden Erdmann vom Juli 1926 folgende Urteile. Vier Stahlhelmer wurden zu insgesamt 2 Jahren 10 Monaten Gefängnis verurteilt, während die anderen 8 Stahlhelmer freigesprochen wurden. Die Überfallenen Arbeiter erhielten folgende Strafen: Graf 2 Monate, Pfeifer 7 Monate, Anstädt 3 Monate, Long 1 Monat, Neukirchen 5 Monate Gefängnis, während die gleichfalls überfallenen Arbeiter Ungeheuer Pattner, Reuter und Zollner freigesprochen wurden.

Der Existenzkampf der Werktätigen

Vom Landesausschuß der Werktätigen Sachsens werden wir um Abdruck folgenden Aufsatzes gebeten. Wir kommen der Aufforderung um so freundlicher nach, weil auch wir die Ueberzeugung haben, daß die Massen der werktätigen Mittelschichten den Kampf um ihre Existenz im engsten Bund mit der Arbeiterklasse führen müssen. Die Red.

Der Landesausschuß der Werktätigen Sachsens beruft gemeinsam mit einer Reihe Betriebsräten und Organisationen Sachsens einen Landeskongreß der Werktätigen zum 21. und 22. Mai in Dresden ein. Zweck und Ziel dieses Kongresses sind bereits Ende April in einem Aufruf an die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Der Kongreß ist nicht irgendeine Parade. Er hat eine ganz bestimmte politische Aufgabe in einer konkreten Situation. Sachsen ist bekanntlich das dichtbevölkerte Land Deutschlands. Seine Bevölkerungsdichte übertrifft sogar diejenige des Ruhrgebietes. Neben einem starken Industrieproletariat zeigt die wirtschaftliche Struktur Sachsens das Vorhandensein breiter erwerbstätiger Mittelschichten. Sachsen ist das Land der Fertigindustrie. Neben Mammutbetrieben existiert in vielen Gegenden Heimindustrie, Kleingewerbe, Handwerk; kurzum eben wirtschaftliche Existenzen, die äußerlich scheinbar selbständig sind. Jeder Mann weiß aber, daß es mit dieser Selbständigkeit nicht weit her ist. Durch Lieferungsverträge, Rohstoffbezug, Kreditgeschäfte sind all' diese Existenzen auf Gedeih und Verderb dem Großkapitalismus ausgeliefert.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Mittelschichten und Kleinbauern gewinnt deshalb für Sachsen besondere Bedeutung. Die Arbeiterklasse kann sich nicht damit begnügen, den Klassenkampf als eine Zunftangelegenheit des Industrieproletariats zu betrachten. Zum Aufbau des Sozialismus muß das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen. Anderseits sind die Arbeiterklasse und die schaffenden Mittelschichten in ihrem Existenzkampf gegen die Großkapitalisten aufeinander angewiesen. Allerdings ist bei den Mittelschichten noch vielfach die Auffassung lebendig, als sei die Arbeiterschaft der Feind. Aber die Entwicklung der letzten Monate hat doch breiten Kreisen die Augen darüber geöffnet, wo in Wirklichkeit der Feind sitzt, nämlich im Lager der Monopole, Konzerne, Trusts bei den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern.

Die sächsischen Landtagswahlen vom Oktober 1926 gewähren einen sichtbaren Ueberblick über die Umschichtungen innerhalb des Kleinbürgertums. Enttäuscht und verzweifelt sind diese Schichten aus der Gefolgschaft der großkapitalistischen Volkspartei und der Deutschnationalen desertiert. Sie haben sich neue Parteien geschaffen: die Wirtschaftspartei und die Aufwertungspartei. Voll Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage haben sogar viele Handwerker und Kleingewerbetreibende, enttäuschte Sparer und Inflationsopfer diesen Parteien ihre Stimme gegeben. Diese Wähler glaubten, daß sie ohne grundlegende Wendung in den Produktionsverhältnissen durch die Bildung neuer Parteien auch im alten System ihre Lage erleichtern könnten. Kaum ein halbes Jahr hat der neugewählte Landtag gearbeitet und schon fällen die Wähler der Wirtschafts- und Aufwertungspartei ein vernichtendes Urteil über die Politik ihrer Abgeordneten im Landtag. Die Organisationen der Aufwerter in Chemnitz und Dresden haben Entschließungen gegen die Haltung der Aufwertungspartei bei der Abstimmung über die Mieterfragen angenommen. Die Wirtschaftspartei ist gespalten in Hausbesitzer und Nichthausbesitzer. In diesen Organisationen herrscht der schärfste Kampf zwischen Führern und den betrogenen Mitgliedern. Politisch wirkt sich dieser Kampf auch auf die Regierung in Sachsen aus. Die Schwierigkeiten, das Bürgerblockgebilde Sachsens am Leben zu erhalten, häufen sich von Monat zu Monat. Am 1. Juni verlangen die Deutschnationalen ihren Eintritt in die Regierung. Es ist jedoch noch nicht absolut sicher, ob und wie die Bürgerblockparteien diese Krise lösen werden. Auf alle Fälle haben die Werktätigen das größte Interesse daran, die Gegensätze innerhalb des Bürgerblocks zu vertiefen und den Kampf um die Beseitigung dieser volksfeindlichen Regierung zu verschärfen.

Es ist Aufgabe der in den Klassenkämpfen geschulten und erfahrenen Arbeiterschaft, den enttäuschten und betrogenen Mittelschichten den Weg aus ihrer gegenwärtigen unhaltbaren Lage zu zeigen. Der Landeskongreß der Werktätigen soll dazu mithelfen. Die sächsische Bürgerblockregierung ist das getreue Spiegelbild der Bürgerblockregierung im Reiche. Es gibt keine arbeiterfeindliche und reaktionäre Maßnahme, die nicht in Sachsen von der Regierung durchgeführt worden wäre. Der letzte Schandstreich der sächsischen Regierung ist die 24-Millionen-Diebesgabe an die Hausbesitzer. Die Verteilung der Mittel aus der 10prozentigen Erhöhung der Mietzinssteuer am 1. April erfolgte in einer Weise, die geradezu verbrecherisch gegen die Interessen der Werktätigen verstößt. Die Mieterorganisationen haben deshalb neben den Organisationen und Verbänden der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern das größte Interesse an der Beteiligung am Landeskongreß der Werktätigen. Dort soll der Kampf gegen die Mietpreis- und Wohnungspolitik der sächsischen Regierung vorangetragen werden. Das angekündigte Reichsschulgesetz und Reichskonkordat dienen der herrschenden Klasse ebenfalls als Mittel zur Unterdrückung der Besitzlosen. Die reaktionäre Kulturpolitik der sächsischen Bürgerblockregierung erhält durch die reaktionären kulturpolitischen Geschäfte der Reichsregierung neue Nahrung. Alle Freidenker, Sport- und Jugendorganisationen haben aus diesem Grunde in Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder die Pflicht, am Landeskongreß sich in stärkster Weise zu beteiligen und den Kampf gegen die Feinde des kulturellen Fortschritts und der Geistesfreiheit tatkräftig zu unterstützen.

Das Bündnis der Werktätigen mit den Kleinbauern wird durch die Vertretungen der Kleinbauern auf dem Kongreß zum Ausdruck kommen. In Sachsen geben in der Bürgerblockregierung